

Frankenberger Tageblatt

Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abnahme in den Hauptstädten der Stadt 1,90 RM., in den Hauptstädten der Provinz 1,80 RM., bei Postabnahme in den Hauptstädten 2,00 RM., in den Provinzen 1,90 RM. Sonntagsausgabe 20 Pf. Abonnementspreis: 12 Monate 20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Telegramm: Tagesblatt Frankenberger Zeitung Nr. 51.

Bezirks-Anzeiger

Bezugspreis: Der Grundpreis für die 88 mm breite einseitige Schrift beträgt 80 Pfennig, für die 127 mm breite einseitige Schrift 90 Pfennig, für die 174 mm breite Schrift im Verhältnis 100 zu 100. Nicht annehmbare Briefe werden nicht angenommen. Für Rücksendung von Briefen ist keine Verantwortung zu übernehmen. — Für Inserate gelten die in der Beilage enthaltenen Bestimmungen. Bei größeren Aufträgen und im Abwesenheitsfall des Verlegers nach telefonischer Auskunft.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbda, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Kotationsdruck und Verlag: C. G. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg 1/2, Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegerl, Frankenberg

Nr. 164

Sonnabend den 17. Juli 1926 nachmittags

85. Jahrgang

Caillaux' Vorsieg

Das Finanzprojekt von der Finanzkommission gebilligt

Das französische Ermächtigungsgesetz

Paris, 16. 7. Der Gesetzentwurf über die Erteilung besonderer Vollmachten zur Lösung der Finanzschwierigkeiten hat folgenden Wortlaut: Artikel 1: Die Regierung wird ermächtigt, bis zum 30. November 1926 durch besondere Gesetzesbeschlüsse des Ministerrats sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Besserung der finanziellen Lage und zur Stabilisierung der Währung am ehesten erscheinen.

Artikel 2: Diejenigen Dekrete, die sich auf fiskalische Bestimmungen beziehen, werden bei Eröffnung der nächsten Session 1927 dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet, wobei die bereits erlassenen Maßnahmen jedoch definitiv in Kraft bleiben.

In der Begründung des Entwurfes heißt es: Der vorliegende Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Möglichkeit zu geben, die geplanten Maßnahmen dringend und nachdrücklich zur Ausführung zu bringen. Alle Maßnahmen, die zum neuen Steuern und keine einschneidende Veränderung mit sich bringen, werden Gegenstand der Ratifizierung durch das Parlament bilden. Es folgt dann eine ausführliche Aufzählung der verschiedenen geplanten Maßnahmen.

Paris, 16. 7. Caillaux legte heute nachmittags der Finanzkommission der Kammer seine Projekte vor. Man hatte angenommen, daß Caillaux die Zustimmung über seine Projekte mit der Ratifizierung des Lombard und des Washingtoner Abkommens verknüpfen würde. Wäre das der Fall gewesen, so hätte Caillaux besonders wegen der Opposition gegen die Ratifizierung der Washingtoner Abmachungen mit einer Niederlage rechnen müssen.

Es hat sich gezeigt, daß der Finanzminister mit seinem Wort auf die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Abkommens zu sprechen kam und es wird allgemein angenommen, daß die Ratifizierung dieses Abkommens erst beim Wiederzusammentritt des Parlaments im Oktober zur Sprache kommen wird.

Nach längerer Debatte wurde das Finanzprojekt Caillaux' mit 15 gegen 10 Stimmen bei 13 Enthaltungen beschlossen und in die Debatte über den Gesetzentwurf eingetreten. Nach kurzer Aussprache wurde der erste Artikel mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dieses Ergebnis wird in Paris allgemein als eine Schlappe für Caillaux gebietet, wenn es auch praktisch von keiner großen Bedeutung ist, da die Regierung das Ermächtigungsgesetz heute im Plenum der Kammer einbringen wird. Das Gesetz ist gestern im Wortlaut veröffentlicht worden. Es besteht aus 2 Artikeln, in denen es heißt, daß der Ministerrat sämtliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung ergreifen kann und daß die Dekrete, die sich auf fiskalische Bestimmungen beziehen, dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet werden müssen.

Die Kammerausprache beginnt morgen nachmittags. Sie soll ununterbrochen auch während des Sonntags bis zur endgültigen Abstimmung über das Projekt fortgesetzt werden. Caillaux wünscht, daß eine Abstimmung möglichst noch am Sonntag herbeigeführt wird, damit die Lage auf dem Devisenmarkt bei Eröffnung der Börse am Montag früh durch das Abstimmungsergebnis bereits beeinflusst wird.

Die Annahme des Finanzprojektes durch die Finanzkommission kommt überraschend. Am Nachmittag hatte man allgemein vermutet, daß sich die Kommission mit einer merkwürdigen Mehrheit gegen das Projekt aussprechen werde. In Vorlesungen herrschte dann auch eine große Unsicherheit, was durch eine scharfe Devisenkaufse deutliche zum Ausdruck kam. Das Pfund erreichte heute die noch nicht dagewesene Notendifferenz von 206,4 und der Dollar 42,4, um nachdrücklich etwas zurückzugehen. Die deutsche Mark notierte heute beim Börsenschluß für 100 Mark 1002 Franken.

Caillaux und die Devisenbeschränkungen der Banken

Caillaux verhandelte mit den Direktoren der französischen Großbanken über die Beschränkung des Devisenverkehrs, der unerlässlich sei, wenn die Stabilisierung des Franken gelingen soll. Die Bankdirektoren sagten dem Finanzminister zu, daß sie nur die nötigen Devisen für den Export würden.

Norman und Strong reisen nach Paris

Berlin, 17. 7. Wie die Morgenblätter

aus Riga melden, begibt sich der Gouverneur der Bank von England Montagu Norman am Sonnabend von Antibes nach Paris. Der Präsident der Federal Reserve Bank of New York, Strong, wird am Dienstag nach Paris abreisen. Die Tatsache, daß die beiden führenden Finanzfachverständigen von England und Amerika sich gleichzeitig nach Paris begeben, wird mit der französischen Finanzkrise und mit der Lage des Franken in Verbindung gebracht.

Vor der entscheidenden Kammer Sitzung

Paris, 17. 7. U. Die Finanzkommission der französischen Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung nach Ablehnung des 1. Artikels des Regierungsentwurfes mit 8 Stimmen bei 20 Enthaltungen eine Veränderung des Artikels an, die dahingehend lautet, daß die Regierung ermächtigt wird, bis zum 30. November 1926 durch Dekrete, die vom Ministerrat bewilligt werden, die Finanzreform und die Währungsstabilisierung durchzuführen, in Uebereinstimmung mit den bereits angeführten Maßnahmen. Damit wird der Regierungsentwurf zur Debatte gestellt und der Regierung keine Vorschlagsmöglichkeiten gegeben. Die Kammerdebatte erfährt dadurch eine wesentliche Erschwerung für die Regierung. Der Berichtserfasser der Finanzkommission ist angewiesen worden, schnellstens einen Bericht herüber abzusenden, der in der heutigen Kammer Sitzung vorzulesen sein soll. Die Abgeordneten sind telegraphisch für nachmittags 3 Uhr zusammengerufen worden. Die Regierung ist an diesem Abend entschlossen, ihren ursprünglichen Entwurf wieder aufzunehmen und der Abstimmung zu unterbreiten. Sie wird den Vorschlag der Finanzkommission und jeden anderen Vorschlag zurückweisen und darüber die Vertrauensfrage stellen. Es handelt sich daher um eine große Schlacht, die die Regierung liefern will. Niemand kann sagen, wie der Ausgang sein wird, da bei der Erregung der Gemüter und der persönlichen Verantwortung, die jeder Abgeordnete übernimmt, der Verlauf der Debatte vollkommen ungewiss ist. Falls die Regierung heute in der Kammer einen Sieg davonträgt, hat sie nach den Wärttern die Pflicht, den Senat zu bitten, sich schon am Sonntag zu dem Gesetzentwurf zu äußern. An Einzelheiten werden zu der Sitzung der Finanzkommission noch mitgeteilt, daß Caillaux erklärt hat, er müsse auf der Ratifizierung des Schuldabkommens sowohl mit London als auch mit Washington bestehen, um den ausländischen Kredit zu erhalten. Caillaux gab diese Bestätigung auf eine Anfrage des sozialistischen Deputierten Auriant und fügte hinzu, daß das Parlament sich vor seinem Auseinandergehen über diese Frage äußern müsse, denn es sei nötig, die Vorkosten Frankreichs so bald wie möglich ins Reine zu bringen. Er sagte noch hinzu, es sei zu erwarten, daß der jetzige Vertrag mit Washington Widerungen erfahren werde. Caillaux deutete auch die Möglichkeit an, daß die deutschen Eisenbahnobligationen als Pfänder für Kredite benutzt werden könnten. Er erklärte noch, daß er die Vollmachten von der Kammer verlangen müsse, denn in allen fremden Staaten, in denen die Wirtschaft- und Finanzlage ernst sei, seien die Regierungen gezwungen gewesen, Spezialvollmachten zu fordern, und heute noch mehr als gestern sei er in der Auffassung bekräftigt worden, daß man ohne Vollmachten nicht durchkommen könne.

10,2 Grant für 1 Reichsmark

Die Abwärtsbewegung des französischen Franc legt sich an der Berliner Börse empfindlich fort. Für eine Reichsmark erhält man etwa 10,2 Franc, während im Frieden 1 Franc = 80 Pf. kostete.

Selbst die drakonischen Sparmaßnahmen Caillaux haben den neuen Rückgang nicht aufhalten können. Die internationale Spekulation sieht die Situation mit etwas klareren Blicken an, nachdem sich herausgestellt hat, daß die jetzt erfolgte Schuldenregulierung mit England doch nicht eine so optimistische Auffassung erfordert, wie es zunächst den Anschein hatte. Die offene Kritik hat dargetan, daß dieses Abkommen nicht bedingungslos für Frankreich sei, wie es anfänglich schien.

Bessere Erhöhung des Brotpreises in Frankreich

Paris, 16. 7. Der Brotpreis, der seit den letzten Wochen ungesucht gestiegen wurde, ist von Donnerstag ab pro Kilogramm von 2,50

auf 2,70 Franken herausgehoben worden. Die linksstehenden Blätter protestieren gegen diese Maßnahme, die als Skandal bezeichnet wird. Die Verteuerung des Brotes ist das beste Zeichen für den Fortschritt der allgemeinen Lebensmittelerhöhung. In verschiedenen Teilen Frankreichs kam es zu Protestkundgebungen.

Droht ein japanisch-amerikanischer Krieg?

Von Major a. D. Otto Rohrbach-Berlin.

Die über den breiten Rücken des Stillen Ozeans streichende Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ist eins der ganz großen Probleme des pazifischen Ozeans. Aber trotz verschiedener Streitpunkte, die besonders durch das amerikanische Verbotsgesetz, die Johnson-Bill vom 1. Juli 1924, in der Wandlungsfrage eine gefährdende Zuspitzung erfahren hatten, sieht man eher auf beiden Seiten das Bestreben, der Entscheidung mit den Waffen möglichst aus dem Wege zu gehen. Anfang Mai wurde die für den Frieden der Welt höchst bedeutsame Frage erneut in der Öffentlichkeit behandelt, als die Zeitung „The New American“ in sensationeller Weise zwei Dokumente veröffentlichte, die vom japanischen Kriegsminister Ugaki zusammen mit dem Chef der Nachrichtenabteilung und dem des Generalstabes im Oktober 1925 ausgearbeitet sein sollen. Der Inhalt läßt sich dahin zusammenfassen, daß ein Programm für den Fall eines Krieges mit einer „weltlichen Macht“ aufgestellt worden ist, die eine stärkere Flotte wie Japan hat. Damit konnte nur Amerika gemeint sein, da England bei der ausgebildeten Weltlage nicht in Frage kommt. Die dann im einzelnen aufgeführten Kriegsvorbereitungen bezogen sich hauptsächlich auf die Manövrier, die Japan im Kriegsfall mit allen notwendigen Materialien versehen muß und deren Ueberführung nach den japanischen Inseln der Sicherstellung bedarf. Dazu gehören neue Bahnanlagen in der Mandchurie und neue Befestigungsanlagen auf dem Wege, den die Transporte nach Japan nehmen sollen.

Es war nun bemerkenswert, daß die Veröffentlichung der Geheimdokumente in der Welt die von der amerikanischen Zeitung erwartete Aufnahme eigentlich nicht gefunden hat, weil sich jeder einermessen politisch und militärisch Gesandte sagte, daß die japanische Regierung eine unverzeihliche Unterlassungsünde begehen dürfte, wenn sie sich bei der einmal bestehenden Spannung mit Amerika nicht für jeden Fall sichern würde. Da aber durch die Veröffentlichung das Problem wieder einmal in den Vordergrund der Weltpolitik gerückt worden ist, lohnt sich die Untersuchung, ob die gegenwärtigen Verhältnisse die Möglichkeit einer gewalttätigen Lösung in absehbarer Zeit erwarten lassen.

Voraussetzungen wäre, daß Japan, wenn es sich stark genug gefühlt hätte, bereits damals, als Amerika seine Bestimmung als pazifische Macht erkannt zu haben glaubte und seine Monroe-Doktrin auf die Hawaii-Inseln ausdehnte oder wie es aus der spanischen Erbfolge die Philippinen erwarb, zu den Waffen gegriffen haben würde. Dasselbe läßt sich vom Jahre 1924 sagen, als Amerika das Einwanderungsverbot gegen die Japaner erließ. Japan hat voll Zustimmung die Jahre aneinander und beugte sich nicht wider mehrere Monate während der Abberufung seines Botschafters. Diese beratig weitgehende Zurückhaltung Japans läßt erkennen, daß von dieser Seite ein Zusammenstoß nicht vom Jaune gedrohen werden wird, wenn die Vereinigten Staaten davon absehen, Japans Lebensinteressen nicht unmittelbar zu treffen. Da diese vornehmlich in der chinesischen Mandchurie wurzeln, ist dieses Gebiet nicht nur für die russisch-japanischen, sondern auch für die amerikanisch-japanischen Interessen das gefährlichste Konfliktfeld der Welt und wird vielleicht einmal wieder zum Kampffeld der Zukunft werden. Zudem konnte Japan das Risiko eines Waffenengagements mit Amerika nur auf sich nehmen, wenn es sich im Rücken gesichert wähle, d. h. keine Störungen durch China und Rußland zu befürchten hätte. Infolgedessen muß das japanisch-amerikanische Problem immer unter gleichzeitiger Einbeziehung des chinesisch-japanischen Vertrages vom 20. Januar 1925 die Konflikte zwischen beiden Staaten in den letzten Monaten eher an Schärfe noch zugenommen haben, während andererseits der Ausgleich zwischen Japan und China noch nicht gefunden ist. Somit wäre es unflug, wenn Japan die Vereinigten Staaten ansetzen würde, ehe nicht die Beziehungen zu der Sowjetunion und China geordnet sind.

Kurzer Tagespiegel

Der Sturz des französischen Franken hat sich gestern weiter fortgesetzt und einen neuen Rekordstand von 208 für das Pfund erreicht.

Der Pariser „Temps“ erhebt im Zusammenhang mit den Rheinlandreden des Reichskanzlers unerhörte Angriffe gegen die Reichsregierung.

Der Gouverneur der Bank von England, Norman, und der Direktor der Federal Reserve-Bank, Strong, sind in Paris eingetroffen.

Neuter stellt fest, daß die Noten der internationalen Kontrollkommission an die deutsche Regierung abgefordert worden sind.

Reichskanzler Marx hat sich gestern mit dem Reichsweheminister Gehler wegen der Rollen der internationalen Kontrollkommission in Verbindung gesetzt. Bei der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, vor der Rückkehr des Generals von Seeck die Noten zu beantworten.

Die englische Bergarbeiterstreikliste ist gestern, nachdem sie ihren Vorstand wieder gewählt hat, auseinander gegangen. Damit haben sich die Friedenshoffnungen der englischen Öffentlichkeit nicht erfüllt.

Das spanische Königs Paar hat gestern abend London wieder verlassen und ist nach Spanien zurückgekehrt.

Der Reichspräsident hat Dr. Boff, den Reichslagspräsidenten, zum Reichsjustizminister ernannt.

Auf der Kadrenbahn Berlin-Treptow schlug Preitensträter gestern den Belgier Charles in der 4. Runde L. o.

Im Laufe des Freitag haben sich in Mitteldeutschland neue schwere Unwetter ereignet.

Reichskanzler Marx ist heute von seiner Rheinlandreise wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Der preussische Innenminister Severing ist heute früh von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben anlässlich des Ablebens des Bischofs von Reppner an das Domkapitel von Rottenburg Beileidigungstelegramme geschickt.

Andererseits wäre der Verlust der Südmantchurie und Koreas die unmittelbare Folge.

Amerika hat vor dem Kriege, wenn es auch niemals die Befreiung ostasiatischer Gebiete auf die Dauer im Auge gehabt hat, für die in China laufenden Eisenbahnen Interesse gezeigt, die es nach den Vorschlägen seines Staatssekretärs Knox in den Jahren 1909 und 1912 neutralisiert sehen wollte. Auch ein eigener Bahnplan war in der Mandchurie ins Auge gefaßt worden. Nach dem Kriege ist von diesen Plänen keine Rede mehr gewesen. Das wird um so weniger der Fall sein, je mehr Japan von Plänen auf die Philippinen und Hawaii abzieht und sein Interesse auf Sibirien und die Mandchurie konzentriert. Amerika sieht immer noch in Japan den Buffer gegenüber dem zum Stillen Ozean vorgedrungenen Bolschewismus. Aus diesem Grunde hatte es auch Japan im Jahre 1918 zur Landung in Vladivostok angezogen und war damit einverstanden, daß Japan als letzte Macht nach dem Zusammenbruch der internationalen Expedition in Ostibirien zur Aufrechterhaltung der Ordnung verbleibe. So hängt letzten Endes die Möglichkeit eines japanisch-amerikanischen Krieges zum großen Teil von dem Verhalten Amerikas ab. Er wird, — soweit man das jetzt sagen kann — vermieden werden, wenn Amerika davon absteht, den Rationalität der Japaner noch mehr als in der Einwanderungsfrage geschehen, zu verleiern, und wenn es in seiner ostasiatischen Politik auf die lebensnotwendigen Interessen Japans Rücksicht nimmt. Amerika wird aber seinerseits von Japan die unbedingte Anerkennung seiner Stellung als vorherrschend Macht im Pazifik verlangen. Zu diesem Zwecke hat Amerika im Jahre 1925 seine gesamte Flotte in den Pazifik geschickt, die sich dort vom Januar bis Oktober in Mandauern und Kreuzfahrten bis nach Australien und Neuseeland bewegt hat und für die als Ergebnis der großen Fahrt Pearl Harbour auf den Hawaii-Inseln zum stärksten Flottenstützpunkt der Welt ausgebaut wird. Alles das hindert nicht, daß unerwartete Ueberraschungen eintreten können. Im Pazifik ist noch kein Krieg mit einer formellen Kriegserklärung begonnen worden.